

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 25/3 (1998)

DOI: 0.11588/fr.1998.3.61534

---

#### Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

die als Ziel bereits die freie Marktwirtschaft anvisierte. Für Hentschel zeichnet sie sich indes durch »Inkonsequenzen eines ganz und gar eklektischen Denkens und Argumentierens« aus (S. 28). Nach Kriegsende bestellten ihn die amerikanischen Besatzungsbehörden zum Wirtschaftsberater, im Oktober 1945 zum bayerischen Wirtschaftsminister. Nach seinem Rücktritt wurde Erhard zwei Jahre später Leiter der »Sonderstelle Geld und Kredit« bei der Verwaltung der Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und stieg nach wenigen Monaten zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft auf. In dieser Funktion setzte er für die von den Alliierten 1948 durchgeführte Währungsreform die Aufhebung der Zwangsbevirtschaftung durch. In der Einführung der Marktwirtschaft sieht Hentschel aber beinahe Erhards einzige Lebensleistung. Denn den ökonomischen Aufstieg schreibt er den besonderen Verhältnissen der Nachkriegszeit zu. Wenn der erste Wirtschaftsminister der Bundesrepublik jenen »Wohlstand für alle« symbolisiert, den die Soziale Marktwirtschaft mit sich brachte, komme ihm zuviel Ehre zu. Erhard habe es nur verstanden, »sein ideologisch-politisches Mäntelchen richtig in den Wind zu hängen, ... mit seinem begnadeten Talent zum Populismus ... Zuversicht als Tatkraft, Repräsentieren als Machen und die Gunst der Umstände als persönlichen Erfolg erscheinen zu lassen« (S. 38).

Seine Popularität und die Bedeutung als Wahllokomotive der Christdemokraten gaben 1963 den Ausschlag dafür, daß Erhard zum zweiten Bundeskanzler nominiert wurde. Für Hentschel blieb »der Dicke« während seiner Amtszeit lediglich »der Nachfolger« (S. 435) Adenauers. Erhard aber wollte als »Volkskanzler« (Michael K. Caro) in direktem Kontakt mit den Bürgern die Demokratie realisieren. Überzeugt, daß nicht die Politik, sondern die Ökonomie »das Schicksal« sei (Walther Rathenau), bewegten sich seine visionären Planungen im Rahmen globaler Tauschverhältnisse. Trotz des Wahlsiegs 1965 ging sein Stern rasch unter. Der Versuch, die wachsenden Forderungen organisierter Interessen mit seinem Konzept der »Formierten Gesellschaft« zu beschränken, blieb weithin unverstanden. Aufgezehrt von Parteiintrigen, Krisensymptomen der Wirtschaft und dem Bruch der Koalition, reichte er im November 1966 den Rücktritt ein. Den im Klappentext genannten Anspruch, den Mythos Erhards zu demontieren, löst Hentschel mit Verve ein. Sein Anti-Held mag kein brillanter Ökonom gewesen sein, und er war gewiß kein guter Bundeskanzler. Aber er darf weiterhin als »bedeutender liberaler Politiker der modernen deutschen Geschichte« (Klaus Hildebrand) gelten.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Jean-Paul CAHN, *Le Parti Socialdémocrate Allemand et la fin de la quatrième République française (1954–1958)*, Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris (Peter Lang) 1996, XX–522 S. (Contacts, Série II. Gallo-germanica, 18).

Untersuchungen zu den deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 sind mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Gerade in den letzten Jahren sind eine Reihe von Studien erschienen, die das bilaterale Verhältnis erstmals auf der Basis neuer archivalischer Quellen untersuchen. Indes beschränkt sich die Perspektive in der Regel auf die jeweilige Regierungspolitik. Dies ist vordergründig verständlich – schließlich bestimmt die Exekutive zunächst einmal die Außenpolitik. Doch in parlamentarischen Demokratien steht die Regierungspolitik oft in einem vielschichtigen Spannungsverhältnis zur Haltung der Opposition: Man grenzt sich zum Zwecke der Selbstprofilierung gegenseitig ab, braucht einander – je nach politischen Mehrheitsverhältnissen – aber auch. Zudem prägen die außenpolitischen Positionen der Opposition das öffentliche Klima, das jede demokratische Regierung berücksichtigen muß, wie auch umgekehrt eine Opposition, die ernstgenommen werden will, eine erfolgreiche Regierungspolitik beachten muß. Daher ist es zu begrüßen, daß mit

der Habilitation von Jean-Paul Cahn nun erstmals eine umfassende, gut strukturierte und auf breiter Quellenbasis geschriebene Arbeit zum Verhältnis der SPD zu Frankreich in der Endphase der IV. Republik vorliegt.

Während Adenauer und die Unionsparteien die Aussöhnung und Zusammenarbeit mit Frankreich als zentrales außenpolitisches Anliegen ihrer Westpolitik betrachteten, standen die Sozialdemokraten dem deutschen Nachbarn im Westen lange Zeit äußerst reserviert gegenüber: Sie kritisierten dessen andauernden Großmachtanspruch, der ihnen angesichts der innenpolitischen Situation des Landes sowie der außenpolitischen Großwetterlage ebenso anmaßend wie unzeitgemäß erschien. Vor allem aber unterstellten sie den ersten französischen Nachkriegsregierungen, im Zuge eines überholten Sicherheitsdenkens wie nach dem Ersten Weltkrieg der Bundesrepublik jede Gleichberechtigung in Westeuropa dauerhaft verweigern, das Land in der Rhein-/Ruhr- beziehungsweise der Saarfrage übervorteilen, wenn nicht gar ausbeuten, und eine deutsche Wiedervereinigung hintertreiben zu wollen. Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher sah als Widerstandskämpfer der ersten Stunde und langjähriger KZ-Häftling zudem nicht ein, daß er sich vor den Vertretern eines Landes beugen sollte, das bis 1939 gegenüber dem NS-Staat ein *apaisement* betrieben und ihn dadurch erst stark gemacht hatte. Die Franzosen ihrerseits blieben ihm wiederum nichts schuldig und bezeichneten ihn als einen »Hitler von links« (André François-Poncet); seine Partei erschien ihnen als eine *Quantité négligeable*.

Nach dem Tod Schumachers 1952 verlor der Gegensatz zwischen der SPD und Frankreich zwar etwas von seiner Schärfe, doch die Sozialdemokraten blieben der sich anbahnenden deutsch-französischen Kooperation gegenüber distanziert, zumal diese zum Kern der scharf kritisierten Adenauerschen Europapolitik geworden war, welche die deutsche Teilung festzuschreiben schien. Diese Reserve hielt – wie Cahn zeigt – auch in einer Zeit noch an, als in Frankreich mit dem Radikalsozialisten Pierre Mendès France 1954/55 sowie schließlich dem Sozialisten Guy Mollet 1956/57 linke Politiker an die Regierung kamen. Dabei verdeutlicht der Autor überzeugend, wie sehr sich deutsche Innenpolitik, innerparteiliche Entwicklung der SPD und sozialdemokratische Einstellung zu Frankreich miteinander vermischt.

Die Haltung der SPD gegenüber der Regierungspolitik von Mendès France war ambivalent: Man begrüßte seine Wirtschaftsreformen, zumal ein etwaiger Erfolg das gängige Vorurteil von der ökonomischen Inkompetenz der Linken widerlegen und damit auch der sozialdemokratischen Reputation in der Bundesrepublik zugute kommen mußte. Die Dekolonisationsbemühungen des Ministerpräsidenten wiederum wurden gelobt, weil sie einer alten Forderung der SPD und zudem langer sozialistischer Tradition entsprachen. Auch das Scheitern der »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft«, das in die Regierungszeit von Mendès France fiel, kam den Sozialdemokraten gelegen: Dieses Projekt war ihnen schon immer vorrangig als Mittel zur Diskriminierung der Bundesrepublik erschienen. Zudem erschütterte sein Mißerfolg nachdrücklich Adenauers Politik der nicht nur politischen, sondern auch militärischen Westintegration. Damit aber schien sich kurze Zeit noch einmal die Möglichkeit einer neuen west-östlichen Diskussion über die Deutschlandfrage zu eröffnen. Doch Mendès France hatte sich zur Enttäuschung der SPD bereits in der Saarfrage als französischer Dogmatiker erwiesen, und in seiner Regierungszeit kam es auch nicht zur Umorientierung der französischen Deutschlandpolitik hin zu der von der SPD favorisierten Neutralisierung.

Die Regierungszeit des französischen Sozialisten Guy Mollet bewies, wie gestört die Beziehungen der SPD selbst zu ihrer französischen Schwesterpartei waren. Nach dem Krieg war der Kontakt nur mühsam wieder aufgenommen worden, zumal versöhnungsbereite SFIO-Politiker um Salomon Grumbach und Jules Moch eine Minderheit in der eigenen Partei bildeten. Außerdem erwiesen sich die außenpolitischen Positionen als diametral entgegengesetzt: Die französischen Sozialisten begrüßten die deutsche Westintegra-

tion und lehnten die sozialdemokratischen Deutschlandkonzepte ab. Zudem diskreditierten sie sich für die Sozialdemokraten durch ihre aktive Beteiligung am kleinkarierten parteipolitischen Machtspiel der IV. Republik, das die französische Demokratie zu gefährden schien. In der Regierungszeit Mollets bewies sich überdies, wie stark auch die französischen Sozialisten dem Konzept einer *Algérie française* verhaftet waren: Unter dem sozialistischen Ministerpräsident wurden die französischen Truppen in dem nordafrikanischen Land verstärkt und der Konflikt damit weiter angeheizt. Indes vermied die SPD jede öffentliche Kritik an der französischen Algerienpolitik. Hier wirkte sich der innenpolitische Reformprozeß aus, der die Partei mittlerweile erfaßt hatte: Nicht nur innenpolitisch wurde sozialistischer Ballast abgeworfen, auch außenpolitisch deutete sich eine Umorientierung hin zur Adenauerschen Westpolitik an. Klares Ziel war nun, aus der Defensive im eigenen Land ebenso herauszutreten wie aus der Isolierung gegenüber dem Ausland, um damit bei den kommenden Wahlen endlich mehrheitsfähig zu werden. In dieser Situation mußte prononcierte Kritik an der französischen Algerienpolitik nur neue Zweifel an der außenpolitischen Wandlung der Partei hervorrufen, zumal das Algerienproblem für das Gros der bundesdeutschen Bevölkerung bedeutungslos war. Die Sympathisanten der algerischen Unabhängigkeitsbewegung bildeten daher eine kleine, allerdings sehr aktive Minderheit in der SPD; die Parteiführung äußerte ihre Kritik nur auf internen Sitzungen der Sozialistischen Internationale.

Der Wandel der SPD von der Fundamentalopposition zur Regierungspartei im Wartestand prägte auch die sozialdemokratische Bewertung der Krise der IV. Republik im Mai 1958. Diese wurde zunächst als Ausweis des eklatanten Versagens der französischen Altparteien – auch der SFIO – empfunden. Dem neuen Mann, Charles de Gaulle, und vor allem den Umständen seiner Berufung, standen die Sozialdemokraten äußerst kritisch gegenüber: Die Erzwingung seiner Regierungsbildung durch die Putschisten in Algier sowie die folgende Erteilung von Sondervollmachten schien gerade ihnen wie eine Wiederkehr bedrückender historischer Ereignisse aus der Zeit der Weimarer Republik. Dieser Eindruck sollte sich zwar bald relativieren, doch taten sich in den folgenden Jahren neue Gegensätze zwischen sozialdemokratischen Positionen und der Innen-, vor allem aber der Außenpolitik de Gaulles auf. Das Verhältnis der SPD zur französischen Regierungspolitik blieb noch lange Jahre so gestört wie in der Zeit der IV. Republik, deren sozialdemokratische Perzeption Jean-Paul Cahn durch seine instruktive und erschöpfende Untersuchung zumindest für die Jahre 1954 bis 1958 erhellt hat.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

Michael JOCHUM, Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960, Paderborn (Schöningh) 1996, 262 S. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).

Dans quelle mesure la politique américaine à l'égard de l'URSS a-t-elle été influencée par les impressions personnelles que le président Eisenhower a retirées de ses rencontres avec Khroutchev? Michael Jochum insère l'objet de sa recherche dans une problématique générale des relations internationales: le rôle, dans les prises de décision, des représentations que les dirigeants se font des acteurs et des forces en jeu.

Ce travail, bien argumenté, s'appuie sur des sources américaines: archives de l'Eisenhower Library, notamment le fonds »Ann Whitman File« (du nom de la secrétaire du Président), qui comprend 270 000 pages; documents imprimés, mémoires d'acteurs, interviews de personnalités. La bibliographie est solide, mais non classée. Un index, détaillant des rubriques pour les noms importants, des annexes utiles, de nombreuses notes de référence témoignent de la qualité scientifique de cet ouvrage.